

Der Berliner Volksentscheid „ProReli“ ist kein Kulturkampf. Weltliche und religiöse Ressourcen werden beide an unseren Schulen gebraucht.

Bindungen, die sich nicht ausschließen

Von Gerd Held

Es geht um zwei Schulfächer. An der Berliner Schulen wurde 2005 durch den SPD-PDS-Senat ein Fach „Ethik“ als Pflichtfach für alle Schüler ab Klasse 7 eingerichtet. Das Fach „Religion“ wurde nicht entsprechend aufgewertet, sondern musste als freiwilliges Zusatzfach zurückstehen. Es wurde also ein Ungleichgewicht in die geistige Bildung eingeführt. Religionsunterricht wurde zu einer Sonderangelegenheit, während unter dem Begriff „Ethik“ etwas Allgemeines und Allumfassendes gelernt werden sollte. Wer dies Fach absolvierte, sollte damit das geistig-moralische Rüstzeug für sein Leben erworben haben. Gegen diese Lösung gab es von Anfang an Protest. Viele Menschen sahen darin eine Ignoranz religiöser Bindungen, auch eine subtile Einflussnahme auf das Denken der Schüler. Nun haben sich die Dinge weiterentwickelt. Eine Initiative „ProReli“ hat sich gebildet, die nicht nur gegen die Diskriminierung der Religion protestiert, sondern ein Gesamtmodell vertritt.

In einer Fächergruppe Ethik/Religion sollen beide Bildungsoptionen gleichwertig eingestuft werden und die Schüler die Wahl treffen können. Hier ist also keine reine Religionslobby am Werk. Es geht darum, wie insgesamt die geistigen Grundlagen unseres Landes ihren Platz im Bildungssystem finden können. Die Initiative hat den Weg des Volksentscheids beschritten und den ersten Schritt, die Sammlung der erforderlichen Unterschriftenzahl, geschafft. Der Volksentscheid wird stattfinden. Zugleich wird nun die Polemik heftiger. Leicht kann der Eindruck entstehen, es ginge um ein „entweder Ethik oder Religion“. Aber der zur Abstimmung stehende Gesetzesvorschlag sieht keine Verdrängung des Fachs Ethik vor, sondern eine

gleichberechtigte und freundliche Koexistenz. In der Tat hat es diese Initiative gar nicht nötig, den Ethikunterricht herabzusetzen. Es ist allein der Berliner Senat, der hier ein Bildungsmodell mit einseitiger Bevorzugung zu vertreten hat. Nur er stellt, um den Vorrang des Fachs Ethik im Berliner Schulgesetz zu legitimieren, das Fach Religion in die Ecke des „soziale Trennenden“.

Das ist weder fair noch weitsichtig. Man muss die Angelegenheit nur einmal pragmatisch und aus gesamtdeutscher Perspektive betrachten. Es gibt in Deutschland Regionen, in denen die Position des Religionsunterrichts so stark ist, dass Schüler und Eltern mit anderen Wünschen ohne Alternative dastehen. Um dem abzuhelpen, ist bereits in einigen Bundesländern (zum Beispiel in Baden-Württemberg) das Fach Ethik als gleichwertige Option eingerichtet geworden – ganz ähnlich, wie es nun in Berlin für das Fach Religion gefordert wird. Die Baden-Württemberger Lösung ist vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden. Es ist also nicht so, dass mit der Einrichtung einer Fächergruppe Ethik/Religion immer die Religion auf Kosten der Ethik gewinnt.

Religion und Ethik sind nicht auf einen Nenner zu bringen

Auch die geistigen Gehalte sprechen für eine Doppellösung. Jedes Fach kann für sich eigene, gute Gründe beanspruchen. Mit Recht kann man argumentieren, dass Werte aus der innerweltlichen Erfahrung hervorgehen. Aus Arbeit und Leben, aus dem kommunikativen Handeln in einer pluralistischen Öffentlichkeit entstehen sowohl gemeinsam geteilte Werte als auch die Toleranz des Anderen. In dieser Sphäre

ist die Stimme der Gläubigen, auch wenn sie vom allmächtigen Gott spricht, nur eine Stimme unter anderen. Der historische Verweis auf unsere religiösen Wurzeln gibt hier kein Recht, sich oben auf die Rednerliste zu setzen. Das Fach Ethik ist als ein Nebeneinander und Miteinander anzulegen. Es muss Distanzierungen und Relativierungen ermöglichen.

Allerdings sind damit nicht alle Dimensionen der geistigen Bildung abgeholten. Werte brauchen Bindungskraft. Diese Kraft kann nicht einfach durch Wissen gewonnen werden. Die Richtigkeit von Werten kann man nicht beweisen. Ohne die Fähigkeit zu Glaube, Liebe und Hoffnung lässt sich kein Leben führen. Ohne sie bleibt es blutleer und leidenschaftslos. Echte Wertbindungen erweisen sich dort, wo man jenseits von bloßen Interessen handelt. Wo ein Lebensabschnitt oder ein ganzes Leben einer Aufgabe gewidmet wird, für die man andere Optionen opfert. Auch in Politik und Wirtschaft wird diese Bindungskraft gebraucht. Hier gilt das Wort von Ernst-Wolfgang Böckenförde, dass der freiheitlich säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, „die er selbst nicht garantieren kann“. Der geistige Bildungsauftrag der Schule muss diese Ressourcen erschließen und hier stößt das Fach Ethik an Grenzen. Denn es muss, aus guten Gründen, Bindungen relativieren. Allein das gemeinsame Unterrichtsgespräch kann diesen Verlust nicht ausgleichen, auch wenn vielfach der Eindruck erweckt wird, die bloße Teilnahme an der Diskussion sei schon eine ethische Handlung - nach dem Motto: Wer gemeinsam über Werte redet, hält auch sozial zusammen. Solche überzogenen Erwartungen, die immer wieder an das bloße „Gemeinsam“ des Ethikunterrichts gestellt werden, haben etwas Tautologisches. Die bisherigen Erfahrungen des Fachs Ethik sind gewiss nicht schlecht, aber gerade seine Bindungskraft hält sich in Grenzen. Auch in Berlin ist manche Anfangseuphorie inzwischen vergangen.

Der Akzent des Religionsunterrichts liegt anders, er ist hintergründiger. Er lehrt De-

mut. Er kann eine Sensibilität für die Einmaligkeit unserer Existenz heranbilden. Auch für die unfassbare Größe der Schöpfung. Der Religionsunterricht lebt von Zeugnissen des Glaubens, der Liebe und Hoffnung. Er muss nicht Gottesbeweise aufbieten, er kann erzählend sein, bildhaft, musikalisch. Die Liebe ist nicht vernünftig. Sie ist was sie ist. Das gilt auch für den Glauben und die Hoffnung. Der Religionsunterricht kann mit Schärfe falsche Projektionen, Aberglauben und magische Manipulationen aussortieren. Er kann die Deutungsvielfalt von Glaubenssätzen zeigen und dabei falsche Berufungen auf Gott entlarven, die nur eigene Interessen kaschieren. So können auf indirektem Weg Motive zum Handeln entstehen. Mehr kann das Fach Religion nicht. Man überfordert es, wenn man hier aus dem Glauben unvermittelt einen bestimmten Verhaltenskodex ableiten will. Das gilt für dunkle Sexualverbote ebenso wie für das Herumfucheln mit bunten Tüchern, jener neueren Lustvariante, mit der Gott wieder zum Kronzeugen eines „richtigen Lebens“ gemacht werden soll. So hat auch das Schulfach Religion seine Grenzen.

Dieses Fach ist kein direkter Konkurrent des Ethikunterrichts. Beide Fächer bewegen sich auf verschiedenen Ebenen des Geisteslebens. Kein Fach kann alles leisten. Allerdings ist ein Vorwurf gegen das Fach Religion falsch: Dass es der Integration eher schade als nütze, weil es das Trennende unter den Menschen betone. Wer das behauptet, verkennt die Möglichkeit, dass gerade aus der Tiefe der eigenen Bindung eine besondere Aufmerksamkeit für den Anderen erwachsen kann. Müssen alle tieferen Bindungen am Schultor zurückgelassen werden, können sie gar nicht in die Integration eingehen. Diese wird dann oberflächlich. Es entsteht die Gefahr, dass das ganze Verhältnis zur Schule nur noch taktisch wird - zum bloßen Abgreifen von Information. Das gilt nicht nur für Schüler mit Migrationshintergrund. Die Realität des Religionsunterrichts mag vielfach unbefriedigend sein, aber das spricht nicht gegen den Rang dieses Fachs. Es ist

eine Antwort auf jene tieferen Bindungsprobleme der Menschen, die nicht im Fach Ethik aufgelöst werden können und die eigensinnigere Bildungsprozesse verlangen. Erst durch beide Fächer zusammen wird die geistige Bildung sowohl offen als auch bindungsstark.

Die Schule muss mehr als wissenschaftliche Erkenntnisse vermitteln

Nun könnte man einwenden, dass die Schule doch Sache des säkularen Staates ist. Ist es nicht ordnungspolitisch klarer, wenn er hier eine strikte Neutralität durchsetzt, während die Religionsgemeinschaften Teil des außerstaatlichen, öffentlichen Lebens sind? Der Artikel 7, Absatz 3 des Grundgesetzes, nach dem der Religionsunterricht „ordentliches Lehrfach“ ist, erscheint manchem als bloße Konzession an die Macht der Kirchen. Das ist ein Irrtum. Dies Recht ist eine Konsequenz der Unterstellung des Schulwesens unter die Aufsicht des Staates. Wenn nämlich die Gesellschaft dem Staat einen so weitgehenden Eingriff in die Bildung der jungen Generation einräumt, muss der Staat im Gegenzug den gesellschaftlichen Organisationen im staatlichen Schulwesen Platz einräumen. Die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft sind also schon mit der staatlichen Schulhoheit verschoben. Das Vordringen des Einen (des Staates) ist auszugleichen durch ein Vordringen des Anderen. Im Ergebnis durchdringen sich beide Sphären. Es ist kein Zufall, dass der gleiche Grundgesetz-Artikel auch das Recht auf Privatschulen festlegt. So setzt der Artikel, der eine Bildungshoheit des Staates begründet, zugleich ein Gegengewicht gegen den staatlichen Bildungsabsolutismus. Nur so bleiben die *checks and balances* im Geistesleben eines modernen Landes gewahrt. Mit dem Dualismus der Fächer „Religion“ und „Ethik“ wird das nun bis in den Fächerkanon hinein weitergedacht. Das ist ein zeitgemäßes, verallgemeinerungsfähiges Modell.

Unsere moderne Welt ist keine Einbahnstraße zu immer mehr Säkularität. Ihr Geistesleben ist durch das Zusammenwirken innerweltlicher und religiöser Bezugspunkte geprägt. Religiöse Erneuerungsbewegungen standen bei ihrer Geburt Pate. Im zwanzigsten Jahrhundert bildete gerade in Deutschland die Rückbesinnung auf die religiösen Bindungen einen Weg, um aus dem Totalitarismus herauszufinden. Die Väter des Grundgesetzes haben das berücksichtigt und auch die friedliche Revolution von 1989 hat hier eine Stütze gefunden. Die Verbindung von Solidarnosc-Gewerkschaft und katholischem Glauben zeugt von der ungebrochenen Kraft der Religion ebenso wie der „historische Kompromiss“ in Italien, der die schroffe Kirchenfeindlichkeit der Linken beendete. In Frankreich wirkt bis heute die große Demonstration in Paris fort, mit der Anfang der 80er Jahre die Pläne zum Aushungern der Privatschulen durchkreuzt wurden.

In Berlin aber soll alles anders sein. Als der Berliner SPD-PDS-Senat 2005 zu einer Reform des Schulgesetzes schritt, wollte er nichts von Paris wissen, nichts von Danzig, nichts von Leipzig und auch nichts von den deutschen Bundesländern im Westen. Er berief sich auf den Artikel 141 des Grundgesetzes, der es einem Land gestattete, den Art. 7, Abs.3 nicht zu beachten, wenn vor 1949 eine andere Regelung eingeführt war. Das war im besetzten Berlin geschehen. Ausgerechnet diesen Sonderparagrafen hat der Senat nun herangezogen, um die Schulprobleme einer Metropole des 21. Jahrhunderts zu meistern. Wahr ist, dass es in Berlin schon länger eine Marginalisierung des Fachs Religion gab. Aber es gibt keinen Grund, diese Situation zu verlängern. Es macht auch keinen Sinn, dass sich in einer solchen Grundlagenfrage die Wege der deutschen Bundesländer trennen sollen. Das liefe auf eine Spaltung unserer Bildungs- und Integrationskultur hinaus, auf ein neues *cuius regio, eius religio*. Diese Spaltung wäre sehr viel bedenklicher als

die zeitweise Aufteilung der Schüler in zwei Fächer, die die ProReli-Lösung vorsieht.

Eine moderne Leitkultur kann nicht homogen sein

Bildungskultur ist Leitkultur. Am Dualismus des Ethik- und Religionsunterrichts kann man lernen, dass eine Leitkultur nicht einfach eine Werteliste sein kann. Sie ist eine geistige Aufstellung unseres Landes, mit innerweltlichen und religiösen Ressourcen. Die Aufstellung muss die Breite der Verständigung und die Tiefe der Bindung immer wieder neu herstellen. Dafür muss sie sich aus grundverschiedenen Bauelementen zusammensetzen. Sie ist ein Gebäude mit unterschiedlichen Etagen und Flügeln. Das passt nicht zu Hegemoniebestrebungen und Kulturkämpfen. Eine Leitkultur kann nur ein Kompromiss sein, der

Koexistenzen definiert und garantiert. Die Pro-Reli-Initiative in Berlin berührt ein großes Thema. Für den Moment muss sie den Stein alleine rollen. Man möchte ihr wünschen, dass sie sich nicht in ein Entweder-Oder zwischen Ethik und Religion zerren lässt. Die Initiative sollte Aufmerksamkeit in der ganzen Republik finden, gerade in diesem Jubiläumsjahr unserer Verfassung und einem wichtigen Wahljahr. Dem Berliner Senat möchte man ein bisschen Weitsicht wünschen. Ist das Beharren auf dem einseitigen Ethikmodell nicht eine Vergeudung von Kräften? Wird der ProReli-Vorschlag abgewiesen, hätte man damit nur Kräfte von der Schule ferngehalten, die dort engagiert mitarbeiten wollen. Der Tag nach einem Sieg im Kulturkampf könnte sehr einsam werden. Denn an diesem Tag wird der Sieger ziemlich allein dasitzen mit der angespannten Situation an den Berliner Schulen.

(Manuskript vom 2.2.2009, erschienen als Essay in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 4.2.2009 unter der Überschrift „Leitkultur braucht Religion“)